

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1828

Freitag den 9. April 1920

Bestellpreis Zeitung im
Oberamtsbezirk — Na-
gel sind daher von
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr
übernehmen, daß
Abnehmer in bestimmten
Kategorien aber es bei
möglichst hoher
zu halten von höherer
Wahl bezieht kein
Anleitung der Zeitung
Abzahlung b. Anzeig
hat viel. Kritiker
nicht. Gewähr

Telegraphen-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Vollständigkeitskonto:
Stuttgart 5118.

Nr. 82

Freitag den 9. April 1920

94. Jahrgang

Die Reichsbank.

W.W. Auf der Generalversammlung der Anteilhaber der Reichsbank gab der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Savenstein, eine Geschäftsübersicht, die Beachtung verdient und zu nachdenklichen Betrachtungen anregt. Wir haben uns so an die Milliarden gewöhnt, daß wir uns nicht mehr sonderlich aufregen, wenn wir hören, daß der Umlauf der Reichsbank 1919 beinahe sechs-tausend Milliarden Mark erreichte. Im Jahre 1918 betrug er nur 3300 Milliarden Mark, also etwas mehr als die Hälfte. Allein auch das gibt noch keinen Vergleichsmassstab. Len gewinnen wir erst wenn wir den Umlauf um 1913 berücksichtigen. Er erreichte nur ganze 443 Milliarden Mark. Und dabei trotzte die deutsche Wirtschaft damals von Kraft und Fülle. Wir hatten eine Rekordernie gehabt. Ausfuhr und Einfuhrhandel betrug im Gesamtjahresergebnis weit über zwanzig Milliarden Mark. Wir überboten und England bereits so weit, daß wir 1914, sicher aber 1915 im Außenhandel an die Spitze der Weltvölker gerückt wären. Das heißt, unser Außenhandel wäre größer gewesen als der Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten. Damit ist zu vergleichen, was wir heute sind, was der verlorene Krieg aus unserer Wirtschaft gemacht hat!

Das höchste Glücke und Enttäuschungsjahr deutscher Wirtschaft sah einen Umlauf der Reichsbank von nur 443 Milliarden Mark. Wer sich noch erinnern kann, weiß, daß damals dieser Umlauf als geradezu gigantisch angesehen wurde. Heute sind wir nicht einmal mehr mit den Achsen. Und doch ist der Reichsbank-Umlauf von 6000 Milliarden Mark kein Zeichen finanzieller und wirtschaftlicher Gesundheit. Der Reichsbank-Präsident mußte mitteilen, daß der Papiergeldumlauf Ende 1919 auf fast fünfzig Milliarden Mark gestiegen ist. Da nur noch ein Metallvorrat von einer Milliarde Mark vorhanden ist, so stehen wir mitten in der Papiergeld- und Fiktionswirtschaft. 1913 betrug die Notenumlauf auf nicht viel mehr als anderthalb Milliarden Mark. Außerdem zirkulierten zwei bis drei Milliarden Mark Gold- und Silbermünzen.

Der hohe Umlauf der Reichsbank erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß darin die Finanzgeschäfte für das Reich enthalten sind. Das Reich lebt nur noch von Kredit und die Reichsbank hat nichts anderes zu tun, als diesen Kredit zu befriedigen. Früher war die Aufgabe der Reichsbank eine andere. Zunächst bestand sie darin, die Sicher- und Festigkeit der Währung zu bewahren und zu hüten. Es mußte dafür gesorgt werden, daß der Notenumlauf die volle geschäftliche Deckung im Metallvorrat der Reichsbank fand. Hohe Anzahl Gold ab, so erhöhte die Reichsbank den „Diskont“, d. h. den Zinssatz für Wechselkredit. Damit wurde die Reichsbank eine Art Erdbebenwarte für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Alle Fäden liefen im Hauptfontor der Reichsbank zusammen. Heute kümmert sich eigentlich niemand um den Diskontsatz der Reichsbank. Die Schlebergewinne gestalten es, jeden Tag zu bezahlen. Und die Reichsbank wehrt sich auch nicht mehr, wenn sie immer neue Milliarden ungegedeckten Papiergeldes in den Verkehr fließen lassen muß. Nur der Wert ihres Metallvorrates hilft sie noch. Er ist auf eine Milliarde Goldmark zusammengeschrumpft. Vielleicht kann dieser Betrag einmal als Grundlage für ein neues Währungssystem dienen. Darüber sagt allerdings der Geschäftsbericht der Reichsbank nichts. Auch die Geschäftsberichte der Berliner Großbanken, soweit sie bisher erschienen sind, vermeiden es, über die nächste geldwirtschaftliche Zukunft Deutschlands Erörterungen und Untersuchungen anzustellen. Und doch hätten wir gerade in dieser Hinsicht eine Führung so nötig! Denn einmal muß die Papiergeldwirtschaft zusammenbrechen. Die Finanzgeschichte meldet wenigstens nicht, daß sie sich irgendwo auf die Dauer halten konnte. Aber das drohende Verhängnis wird dadurch nicht beirrt, daß darüber geschwiegen wird, sondern nur dadurch, daß wir es als solches erkennen und ihm vorbeugen.

Das Herz und das Portemonnaie der Saarländer.

W.W. Die einstimmige Rundgebung der Saarländer vom 12. März hat uns Deutschen istlich des Rheins die wohlwollende Gewißheit gegeben, daß die kaum 800 000 Deutschen an den Saarjfern trag aller Räte und Versuchungen bei uns ausstehen wollen. Wir Deutschen in der national nicht gefährdeten Teilen des Reiches sind zu leicht geneigt, die politische Stellungnahme der Menschen ausschließlich nach dem Geldinteresse zu beurteilen. Die 15 Jahre Trennung von Deutschland, die das Saargebiet überstehen muß, werden bis zu gewissem Grade einen Kampf zwischen Herz und Portemonnaie der Saarländer werden. Selbst die hochherzigste Bestimmung erlangt, wenn sie dauernd mit schwerer wirtschaftlicher Not zu kämpfen hat. Dem Namen nach untersteht das Saargebiet allerdings dem Völkerverbande und muß nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages von den Völkerverbandsorganen ständlicherweise verwaltet werden. Aber die wichtigsten wirtschaftlichen Stützstellen des Landes sind in den Händen der Franzosen: die Kohlengruben. Das Saargebiet hat kein Recht an seinen eigenen Bodenschätzen. Die von den demonstrierenden Saarländern am 12. März einstimmig angenommene Entschickung fordert dringend eine bessere und wohlfeilere Kohlenversorgung der inländischen

Bevölkerung. Sagt die französische Bergwerksbehörde ihre Praxis, das Saargebiet als Kohlenkolonie zu behandeln, fort, so wird sie dem französischen Volke gewiß keine großen Sympathien im Lande erwerben.

Ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Unterstützung des Reiches droht das Saargebiet aber doch allmählich in die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs zu geraten. Fünf Jahre lang geniest die deutsche Ein- und Ausfuhr von bzw. nach dem Saargebiet Zollfreiheit. Aber auch in dieser Zwischenzeit hat der hinter den Völkerverbandsorganen verdeckte französische Einfluß die Möglichkeit, den Verkehr des Saargebietes mit Deutschland zu erschweren. Erwähnt seien hier nur die recht erheblichen „statistischen Gebühren“, die in Saargebiet erhoben werden sollen. Der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. von Malsenapp, hat sich eingehend über die Währungsfrage im Saargebiet geäußert. Selbstverständlich ist die Währungseinheit zwischen dem Saargebiet und dem Reich ein festes Band. Die Saargebietner unterliegen als echte Deutsche unserem Wechsel, Privat-Streckenverkehrs reiten zu wollen. Eine immerhin neuemswerte Partei verlangt die Schaffung einer eigenen Saar-Mark. Man hofft dadurch das Schicksal des Saargebietes von der trüben Zukunft der deutschen Mark zu trennen, vertritt aber, daß ein auf den Weltverkehr angewiesenes „Millionenmark“, dessen wichtigste Bodenschätze Fremden gehören, mit einer eigenen Geldinheit auf dem Weltmarkt nur eine sehr bedingte Kaufkraft besitzen würde. Eine andere Gruppe möchte die französische Frankenwährung einführen. Hierzu würden gewiß alle auf Arbeitsverdienst Angewiesenen zunächst bereit sein, vorausgesetzt, daß die Umrechnung von Mark in Franken wie in Eisig Vorbringen zum Fortkriegsrate oder annähernd zu diesem Kurse stattfinden würde. Die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet wäre mit dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich gleichbedeutend. Nach einer kurzen Uebergangszeit würde sich die Kaufkraft der Löhne und Gehälter im Saargebiet, der Löhne in Frankreich angepaßt haben. Das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebietes würde revolutionisiert werden. Deutsche Waren würden das kleine Land überflutet und die heimische Industrie außer Betrieb setzen; die Ausfuhrmöglichkeit nach Deutschland würde in der gleichen Weise erschwert, wie heute die französische, englische und amerikanische Ausfuhr nach Deutschland erschwert ist. Das Saargebiet würde gegen die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs eintauschen. Ist das etwa ein vorzuziehender Lauf? Das französische Wirtschaftsleben ist reichlich ebenso jerrittet wie das deutsche. Die finanziellen Räte sind an sich nicht geringer, treten aber vorläufig noch nicht so sehr in die Erscheinung, da die ausländischen Gläubiger Frankreichs, — besonders England und Amerika, — die Abtragung der Schulden und die Zinszahlungen einstweilen noch funden. Das deutsche Volk ist wirtschaftlich lebendiger als das französische und wird sich nach Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Krise schneller wieder emporarbeiten. Dem deutschen Handel erwächst die Perspektiv, Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten nicht zu scheuen und den Güteraustausch mit dem Saargebiet ausrecht zu erhalten. Es ist ein Geschäft auf weite Sicht. Es wird vielleicht in den nächsten Jahren nicht immer leicht und gemüßbringend sein, wird aber nach Ablauf des Völkerverbands-Regiments an der Saar reiche Früchte tragen. Es gilt ein kühles und industriereiches Land mit fleißiger, rein deutscher Bevölkerung zu erhalten. Die Handelskammer zu Saarbrücken, die eine Zweigstelle in Berlin unterhält, ist bereit, alle nötigen Auskünfte zu geben und die bestehenden, sowie die etwa noch kommenden Schwierigkeiten im Güterverkehr zwischen dem Reich und dem Saargebiet zu mildern. Dr. Troll.

Der deutsche Weltverkehr in Liquidation.

W.W. Eine unlerer größten Dampfschiffahrts-Gesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie, wird voraussichtlich in aller nächster Zeit unter maßgebenden amerikanischen Einfluß kommen. Admiral Penlon, der Vorsitzende des amerikanischen Schiffsahrtsamtes, will trotz des Widerstandes der amerikanischen Reederei das deutsche Erbe im Weltverkehr antreten. Man spricht von der Gründung neuer deutsch-amerikanischer Gesellschaften, in welche die Hamburg-Amerika-Linie ihr gesamtes Schiffsahrtsmaterial und ihre Dodeinrichtungen in Deutschland und anderen Ländern einzubringen hätte. Mehrere Vorstandsmitglieder der Hamburg-Amerika-Linie unter Führung des Generaldirektors Cuno sind nach New-York gereist um die bereits vorbereiteten Verträge abzuschließen.

Nach dem Verlust unseres gesamten Eigentums im Auslande war es nur eine Frage der Zeit, daß unter überseeischer Weltverkehr vom Auslande übernommen wurde. Die hier sich verbreitende Lösung ist unter den obwaltenden Umständen nach eine der günstigsten. Die ausschließliche Abhängigkeit von Groß-Britannien wäre für Deutschland auf die Dauer untragbar. Amerika steht wichtigen Anhebungsbestimmungen des Versailler Vertrages abweichend, mindestens aber gleichmäßig gegenüber. Es hat alles Interesse daran, daß neben dem Wirtschaftsbund der europäischen Verbündeten sich ein wirtschaftlich aktives Deutschland behaupten kann. Dieser erste große Schritt Amerikas, mit Deutschland wieder in wirtschaftliche Beziehungen zu treten, stellt hoffent-

lich nur einen Vorläufer für später umfassendere Zusammenarbeit dar.

Tages-Neuigkeiten.

Der Reichswehrminister über die augenblickliche Lage.

Berlin, 7. April. Reichswehrminister Geßler äußerte sich heute vor Vertretern der Presse in längeren Ausführungen über die augenblickliche Lage und führte u. a. folgendes aus: Als meine Hauptaufgabe sehe ich es nach wie vor an, die Truppen in Garnison zu bringen, damit der Rheinkrieg, der hier und da im Reich sich entwickelt hat, endgültig aufhört. Mein Bestreben ist zunächst darauf gerichtet, daß der Belagerungszustand, soweit dies irgend möglich ist, vollständig aufgehoben wird. So steht denn auch für den größten Teil Deutschlands die Aufhebung in den aller nächsten Tagen bevor. Außerdem muß meines Erachtens dafür gesorgt werden, daß die vollziehende Gewalt auf besondere zivile Kommissare übergeht. Die Versammlungs-, Pres- u. Schutzrechte liegen dann in Zukunft in den Händen der zivilen Verwaltung.

Was die augenblickliche Lage anbelangt, so muß zwischen Heer und Marine unterschieden werden. Bei der Marine ist die Lage so, daß weder in Kiel, noch in Wilhelmshaven irgendwelche Offiziere Dienst tun. In Wilhelmshaven sind die Offiziere in Schutzhaft genommen worden. Sie haben sich an das Reichsmilitärgericht gewandt und dieses Reichsmilitärgericht hat die Aufhebung der Schutzhaft verfügt. Das Reichswehrministerium kann nur vorhandene Entbindungen und Dienstsuspendierungen durchführen. Es ist bekannt, daß bereits eine große Anzahl solcher vorläufiger Dienstentbindungen vorgenommen wurde. Im Reichswehrministerium ist zur Beschleunigung der Unternehmung eine besondere Kommission gebildet worden, der in den nächsten Tagen ein besonderer parlamentarischer Untersuchungsausschuß beigegeben wird. In seinen Ausführungen kam der Reichswehrminister auch auf die Marinebrigade Gerhard zu sprechen und erklärte, er habe den bestimmten Befehl gegeben, diese Truppen nach einem Holierten Uebungsplatz abzutransportieren.

Urteil Schweizer Blätter über das Vorgehen Frankreichs.

Bern, 7. April. Die Schweizer Presse urteilt über den französischen Vormarsch im allgemeinen dahin, daß die Rechtslage angesichts der 54 42 bis 44 durchaus klar sei, daß es aber andererseits ebenso klar sei, daß der deutsche Einmarsch in das Ruhrgebiet mit einem eventuellen Einmarsch gegen Frankreich nichts zu tun habe. — Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, daß man in Paris fürchtet, die alliierten Mächte würden sich durch die Argumente der französischen Regierung nicht unstimmen lassen. — Der „Bernner Bund“ schreibt: Frankreich befindet sich in der unzulässigen Lage, daß es einerseits die umstürzlerischen Bestrebungen im eigenen Lande bekämpft, andererseits dagegen die gleichen aber gefährlicheren Bestrebungen in Deutschland zum mindesten ungewollt fördert.

Note der interalliierten militär. Kontrollkommission an die deutsche Regierung.

Berlin, 7. April. General Koller hat in seiner Eigenschaft als Präsident der interalliierten militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt: Es ist bemerkt genommen worden von dem Datum des 10. April 1920 für die Auflösung der Reichswehr freiwilligen. — Was die Einwohnerwehren anlangt, so legt die interalliierte Kontrollkommission Wert darauf, die folgenden Punkte zu präzisieren: Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als rein zivile Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestiftet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, ihre Eingliederung und Stärke unbestreitbar eine Mobilisation begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist und da die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 166, 175, 177 u. 178 des Friedensvertrages stehen. Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Ausführung der Entschickung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

Der Völkerverbands-Rat.

London, 7. April. Der Rat des Völkerverbands ist zum 9. April nach Paris einberufen worden, um die Vorschläge des Obersten Rates bezüglich Armeniens und des Schutzes der innerhalb der Grenzen des türkischen Reiches befindlichen Minderheiten zu erörtern. Der Rat wird dann das vorgeschlagene Wahlgesetz für die Ernennung der Vertreter der Stadt Danzig prüfen. Vielleicht wird auch die Frage der Heimkehrförderung der Kriegsgefangenen behandelt werden.

Ein Attentat auf Staatskanzler Renner.

Wrag, 7. April. Auf einem Gleise der Bahnstrecke zwischen Adlofsdorf und Groden, die der Staatskanzler Renner auf seiner Komreise passieren mußte, wurden in der Nacht vom Montag auf den Dienstag Eisenbahnstrecken aufgerollt. 2 Personenzüge, die die Strecke passierten, fuhren in einen Teil des Schwellen hinein; doch kam glücklicherweise niemand zu Schaden. Der Sonderzug Renners konnte in-

zwischen auf freiem Feld angehalten werden, bis die Schwel-
len vom Meise geräumt waren. Man vermutet, daß es sich
um ein Attentat auf den Kanzler handelt. Die eingeleitete
Untersuchung verlief bis jetzt ergebnislos.

Vom Hilfswerk für Mitteleuropa.

Amsterdam, 7. April. Der von einer Reihe von Kon-
ferenzen mit Vertretern neutraler Länder nach England zu-
rückgekehrte englische Direktor des Hilfswerkes für Mittel-
europa, Sir William Goode, erklärte einem Vertreter des
Daily News, auch Vertreter der amerikanischen Regierung
hätten an den Beratungen teilgenommen. Zum erstmalig
sei eine gemeinsame Aktion zwischen den Alliierten und
Neutralen erzielt worden. Es handle sich um die Lieferung
von Lebensmitteln und Rohstoffen auf Kredit. Als die am
meisten bedürftigen Länder nannte Goode Oesterreich, Ungarn,
Polen, die Tschecho-Slowakei, Armenien und Serbien. Die
Ver. Staaten übernahmen die Verantwortung, diesen Ländern
bis zur nächsten Ernte fast die gesamten notwendigen Lebens-
mittel zu liefern. Großbritannien wird den Schiffraum stellen
und Rohstoffe liefern.

Protest des indischen Kalifat.

Amsterdam, 7. April. Wie die englischen Blätter mel-
den, geht aus einem Protesttelegramm der indischen Kalifat-
abordnung an Lloyd George hervor, daß die Alliierten den
Scheich-El-Islam in Konstantinopel verhaftet und nach Malta
abgeschoben haben. In dem Telegramm heißt es, die Alliierten
seien sich anscheinend nicht bewußt, wie verhängnisvoll
diese Maßnahme in Indien und im ganzen Osten wirken
müsse. Die Alliierten hätten seinerzeit die Deutschen wegen
der Behandlung des Kardinals Merloni beschuldigt. Die
Verhaftung des Scheich-El-Islam sei jedoch ohne Zweifel
schlimmer.

Kommunistische Gewaltakte.

Berlin. Laut „Berliner Volkszeitung“ wurde nach
einer Meldung der sozialdemokratischen „Volkswacht“ in der
Nacht zum Mittwoch der Landtags-
abgeordnete Genosse Brandenburg in Stendal von vier
Männern verhaftet. Es soll sich anscheinend um einen
Gewaltakt der Kommunisten, die in Tangermünde die Herr-
schaft an sich gerissen haben, handeln. Auch der kommuni-
stische Landrat befindet sich in der Hand der Kommunisten.
Wie das Blatt erfahren haben will, sind militärische Maß-
nahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in
Tangermünde angeordnet worden.

1 Million Pfund Sterling zur Propaganda für den Völkerbund.

London, 7. April. Die Blätter veröffentlichen einen von
Gerr, Lloyd George, Veal, Asquith, Oberst Cecil, Clares,
Gough unterzeichneten Brief, der zur Aufbringung einer
Summe von einer Million Pfund Sterling auffordert, um
weite Kreise über den Völkerbund zu belehren.

Internationale Finanzkonferenz.

Brüssel, 8. April. Die Blätter melden, daß die inter-
nationale Finanzkonferenz im Mai in Brüssel zusamen-
treten wird.

Amerikanisierung des Salzammerguts.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten,
sind Bestrebungen amerikanischer Kapitalisten im Gange, im
Salzammergut Gashöfen und Heilstätten zu erwerben.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 7. April. Entgegen anderslautenden Meldun-
gen stellt die Deutsche Allgemeine Zeitung fest, daß im Büro
der Nationalversammlung von einer Sitzung am nächsten
Samstag nichts bekannt sei.

Ludwigshafen, 7. April. Die Besprechungen in Neu-
stadt a. d. S. zwischen der pfälzischen Kreisregierung und
den Vertretern der Landwirtschaft haben zu einem positiven
und erfreulichen Ergebnis geführt. Sowohl die Verhältnisse
in der Landwirtschaft wie die Bedürfnisse der Verbraucher
wurden hinreichend berücksichtigt. Die Verhandlungen haben
auch die Folge gezeitigt, daß der für Dienstag angelegte
Lieferungsstreik vermieden wird.

Danzig, 7. April. Die Handelskammer teilt mit: Bei
der Einfuhr von Waren aus dem Deutschen Reich ist eine
Einfuhrbewilligung von Danziger Seite nicht nötig. Die
Waren unterliegen nicht der Beschlagnahme durch die Dan-
ziger Behörden.

Deutscher L. O., 7. April. Laut „Grenzzeitung“ hat die
Oberste Reichsbehörde den Kohlenpreis ab 1. April um
20 M pro Tonne ausschließliche Steuern erhöht.

Deutscher L. O., 7. April. Die „Grenzzeitung“ meldet:
Die Arbeit auf der Bismarckhütte ist nach Verhandlungen
zwischen dem Arbeitgeberverband und Vertretern der Fach-
auschüsse wieder aufgenommen worden.

Delitzsch, 8. April. Die Kommunisten haben den hiesi-
gen Landrat abgesetzt. An seine Stelle trat der Kommunist
Molla. In der Stadt herrscht Ruhe.

Amsterdam, 7. April. Die „Times“ melden aus Peking,
daß bereits 80 000 Tschuchen auf 19 Transportschiffen Wan-
dunstal verlassen haben. Die Japaner hätten die ganze
Kamurabahn geräumt.

Hong, 7. April. Wie das Koll. Bur. erfährt, begibt sich
dieser Tage der Chef der Wirtschaftsabteilung des holländ.
Ministeriums des Handels mit Beamten seines Departements
zu Besprechungen über den Deutschland zu gewährenden
Kredit nach Paris.

Amsterdam, 7. April. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt
zu dem Vornachsch der Franzosen, für Menschen mit gesundem
Verstand müsse die Pointe Frankreichs sehr dunkel sein.
Das Organ der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei,
„Het Volk“, schreibt: Von neuem werden einige hunderttau-
send Untertanen des besiegten Landes dem Druck der
fremden Militärherrschaft ausgesetzt und nun neuem das das
erschöpfte Land erhöhte Geldlasten zu tragen für die Be-
satzung, die jetzt mehr kostet als das gesamte frühere deutsche
Deer. Das Blatt nennt das Vordringen der Franzosen eine
neue Gewalttat, ja fast eine Kriegshandlung. Es ist der
Ansicht, daß der Protest der deutschen Regierung in England,
Amerika und Italien Eindruck machen wird.

Paris, 7. April. Agence Havas meldet aus Kairo, daß
die Nachrichten über das Befinden Clemenceaus wieder gün-

stiger lauten. Clemenceau, der einige Tage das Zimmer
hüten mußte, hat seine gewohnten Ausgänge wieder auf-
nehmen können.

Belfort, 7. April. Haas, Ausländische Metallarbeiter
wollten die Angestellten und Abteilungsleiter verhindern,
sich an ihre Arbeit zu begeben. Die Polizei griff ein. Es
kam zu Zusammenstößen. Ein Streikender wurde getötet,
mehrere verwundet.

London, 7. April. Vom 12. d. Mts. ab erhalten die in
Großbritannien ankommenden Fremden eine Aufenthalt-
bewilligung von 2 Monaten anstatt 1 Monat.

Konstantinopel, 8. März. General Demitri ist in Be-
gleitung des Generals Romanowski, von der Heimkehr nach
hier eingetroffen. — Als General Romanowski sich zur russi-
schen Botschaft begeben wollte, feuerte ein Unbekannter mehrere
Schüsse auf ihn ab und wüthete ihn auf der Stelle. Man
glaubt, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt, da
der General vielfach für die Rückkehr der Armen Demitri
verantwortlich gemacht wurde. Der Verbrecher konnte nicht
festgenommen werden. Die britischen Behörden haben eine
Untersuchung eingeleitet.

Vermischtes.

— Ein folgenschwerer Irrtum. Die Gattin des Bank-
direktors und Hofrats Vonschab aus München kam erst spät
abends mit ihren Mädchen in ihrer Villa am See in Sching
(Gratth) an. Als die Nachbarn, die von dem Eintreffen
der Frau keine Ahnung hatten, in der Villa Licht sahen,
glaubten sie, Einbrecher wären dort und alarmierten die Ein-
wohnerwehr, die das Haus umstellte und Scherschüsse ab-
gab. Die Frauen in der Villa meinten, es seien Spartakisten
und folgten der Aufforderung, herauszukommen, nicht, son-
dern traten in allen möglichen Zimmern umher und drehten
das Licht auf und zu. Nun glaubte die Ortswehr erst recht,
es mit Einbrechern zu tun und gab scharfe Schüsse ab, von
denen eine Frau Vonschab traf. Erst dann klärte sich die
Sache auf. Die Frau ist ihren Verletzungen erlegen.

— Eine Königin auf der Zimmerfuche. Die Königin
der Belgier, die gegenwärtig Frankreich besucht, wollte, nach
dem „Liberté“ zwei Wochen in Fontainebleau bleiben, wo
sie ein Haus gemietet hatte. Als sie nun nach Einritt der
Dunkelheit mit ihrem Gefolge eintrat, wollte sie mit der
Lieberbedlung in dieses Haus bis zum anderen Tag warten.
Sie fuhr daher zu einem der Hauptbedlungen, wo sie eine Reihe
von Zimmern wünschte. Man teilte jedoch der Königin,
die inognito reiste, mit, daß keine Zimmer frei wären. Nehm-
lich ging es ihr bei allen weiteren Veruchen und so war
sie gezwungen, doch nach dem gemieteten Hause überzugehen.

— Ich bitte um meine Hinrichtung. Diese merk-
würdige Forderung stellte der angebliche Geschäftsführer
Hans Bohl, ein 14 mal mit Justizhaus vorbestrafter, alter
Verträger, vor der Strafkammer des Landgerichts I Berlin,
als er dort wegen erneuter Betrugsfälle vernommen werden
sollte. Als er diese Bitte vor Gericht höflich vorbrachte,
wurde er zunächst in eine Irrenanstalt überwiesen.

Aus Stadt und Bezirk.

Regold, den 9. April 1920.

* Gründungsversammlung des Evang. Volkshundes.
Obwohl schon vor Jahresfrist in hiesiger Stadt die Frage
des Co. Volkshundes in Fluß gebracht worden war, hatte
doch diese Organisation, die das planmäßige Zusammen-
gehen aller am Evangelium Interessierten in unserem
öffentlichen Leben bewirken soll, gerade hier noch keine Aus-
dehnung genommen. Unser Bezirk stand fast an letzter Stelle
im Land. Allerlei Umstände hatten die Gründung einer
Ortsgruppe verzögert. Am letzten Mittwoch folgte nun eine
häufige Zahl von Männern und Frauen einer Einladung
von Herrn Seminarrektor Dietrich in den großen Ver-
einshausaal um im Anschluß an einen Vortrag von Herrn
Dekan Otto sich über Wesen und Ziele des Co. V.
zu unterrichten und auszusprechen. Dieser Abend des Abends
wurde auch in hochbedeutender Weise erreicht. — Der
Vortragende, selbst aus reicher Erfahrung in Stuttgart und
anderen Orten schöpfend, betonte, daß der Co. V. nicht als
ein Verein neben andern, sondern durchaus als eine Zusam-
menfassung der vorhandenen Kräfte gemeint sei, die vielfach
bisher als zersplitterte nicht zur Geltung gekommen seien.
Die Notwendigkeit solchen Zusammenschlusses begründete er
aus den gewaltigen Änderungen in unserem Staats-
leben. Es werde nicht mehr alles „von selbst“ besorgt;
zumal um das Wohlergehen der Kirche bekümmere sich die
heutige Regierungsform nicht im mindesten mehr. Wenn
auch bei der augenblicklichen Regierung und den Parlamenten
der Wille zur gerechten Behandlung kirchlicher Fragen dank-
bar anzuerkennen sei, könne jede neue Wahl und damit
Aenderung der Regierung ganz neue Verhältnisse schaffen. —
Wenn wir als Christen auch keineswegs auf Zahlen und
Maffen vertrauen, auch nicht durch äußere Machtentfaltung
etwas erringen wollen, so gebe es heute kein anderes Mittel,
um in äußerlichen Fragen etwas zu erreichen und unsere
Grundzüge zu verteidigen als: Zusammenschluß und geschlos-
senes Auftreten. Dasselbe gelte gegenüber dem — ebenfalls
— organisierten Antichristentum, von dessen furcht-
barer Gefahr die Schilderungen des Redners aus den Kirchen-
austrittsversammlungen in Großstädten einen tiefen Eindruck
gemacht. Was diese Agitationen an grauenvollem Haß gegen alles
Höhere durch Vorträge, Flugblätter, Broschüren usw. auch
über das flache Land ergießen, das ist erschütternd. Nur
eine ebenso machtvolle Organisation des Co. Pressendienstes,
des Vortrags- und Flugblätterwesens kann dem entgegen-
treten. Dieser ist die Landeszentrale des Co. V. in
Stuttgart gerichtet und dient überall, wo es not ist, durch
Redner, Artikel usw. — Diesen Brüdern, die auf ungeheuer
schweren Posten, in vorderster Linie des Großstadtkampfes
stehen, gilt es den Mut zu stärken. Daher ist eine Landes-
organisation über die Einzelgemeinde hinaus nötig. So
können und sollen auch gutgeordnete Gemeinden, wie eben
die unsrige, eine wertvolle Rückenbedeckung bilden. Aber auch
der Einzelgemeinde selbst wird die Arbeit des Co. V.
reiche Belebung zuführen. In Vorträgen und Besprechun-
gen sollen die überall so sehr fehlende Auffklärung dem
einzelnen dargeboten, in Bibelkursen das so nötige Rüstzeug
für den auch auf jedem kleinen Posten zu führenden Kampf
in die Hand gegeben werden. — Die vielfach noch so lächer-
hafte Fühlungslosigkeit zwischen Pfarrern u. Gemeindegliedern

wird in vertraulichen Aussprachen, das Verständnis für die
Verwaltungsstätigkeit des Kircheneinzelnen in verantwort-
lichen Beratungen gefördert werden. — Ein sehr an-
ziehendes Bild zeigen, fruchtbareren Gemeinlebens wurde so
gezeichnet, und wenn der Redner mit dem warmen Appell
schloß, jeder, dem das Evangelium noch etwas wert ist, möchte
sich zu tätiger Anknüpfung hergeben, um unserem armen Volk
die einzige Quelle seines Weiterbestandes und seiner Er-
neuerung zu sichern, so fand dieser Wunsch erfreuliche Willig-
keit. — In der nach Dankworten des Herrn Sem. Rektor
Dietrich eingeleiteten lebhaften Aussprache, lenkte Herr Stadt-
pfarrer Dr. Schörrer zunächst den Blick auf unsere in die-
ser Woche zur Konfirmation gelangende Jugend und auf die
Notwendigkeit, sie bei ihrem Heranwachsen mit einer gesun-
den Luft zu umgeben. Der Co. V. sei keine Angriffs- oder
Hegemonialorganisation, etwa gegen die Katholische Kirche; im Ge-
genteil arbeite er ähnlich wie der tüchtige Katholische Volks-
verein und in diesen Fragen mit diesem zusammen. — Der
Co. V. wolle nun helfen: dem einzelnen, um wehrhaft und
tüchtig fürs Gute zu werden, der Kirche zu ihrem Fortbestand
und Wirkungsrecht, namentlich aber unserem geliebten Volke
zu seiner Gelandung. — Herr Vermittler und Gemeindevor-
sitzer unterstrich die Notwendigkeit organisirten Zusam-
menarbeitens, wie sie überall gute Früchte trage und wies
auf kommende wichtige Aufgaben des Kirchen- und
Volkslebens hin, wie Pfarrbesetzungsrecht, Kirchengeld- und
Steuerträger, wo die Landeskirchenversammlung und die
örtlichen Kircheneinzelnen froh seien, die oft über große
Verantwortung mit einer größeren Versammlung teilen zu
können. Herr Redner B o d a m e r schilderte freitend der
Schule, wie nötig sie das warme Verständnis u. die Unter-
stützung der Öffentlichkeit brauche und erhob sich auch in dieser
Beziehung Gutes vom Co. V. In ersten Worten sprach
der neue Herr Volksschulrektor K l e i n e r von der entstandenen
tiefen Kluft zwischen Kirche und Schule; nur gemeinsame
Arbeit am Reiche Christi könnte störende Fehler und Brün-
gen überwinden. — Die Werksamkeit des Co. V., der er neue,
moderne Formen wünschte, beruhe ganz auf der Hingabe
der Tätigkeit, ja dem Opfersein der Mitglieder. Predigten
und Vorträge allein überzeugen die Welt nicht mehr, sie
wollen Taten der Liebe sehen. — Dieser Ausspruch gab sofort
zahlreichen Anwesenden die Entschlußfreudigkeit, sich als Mit-
glieder des Co. V. einzuschreiben zu lassen. Es wurde ein vor-
läufiger Ausschuss bestimmt, der bis zur eigentlichen Grün-
dung der Ortsgruppe die Geschäfte führen soll. — In der
nächsten Zeit wird die Mitgliederwerbung in der Stadt fort-
gesetzt werden. Beitragsleistungen (Jahresbeitrag 1.50 M.
für Familien billiger) werden auch jetzt schon in den Pfarr-
häusern und bei Mekner Kläger entgegengenommen, wofür
auch ein Kuablat über die Aufgaben des Co. V. ausliegt.
Es ist zu hoffen, daß auch unsere Stadt in ihrem altererbien
und bewährten Sinn für das Gute einen breiten Boden für
den Co. V. bilden und ihrerseits wieder reiche Belebung dem-
selben verdanken wird.

* Beamtenvereinigung. In einer gestern abend im
„Traubensaal“ stattgefundenen Versammlung konstituierte sich
der neue Verein. Er umfaßt alle öffentlich rechtlich ange-
stellten (Staats-, Gemeinde-, Körperschafts-) Beamten und
Beamtinnen, Lehrer und Geistliche, sowie die Pensionäre
und Hinterbliebenen der einzelnen Beamtenkategorien und
hat zur die Wahrung und Vertretung der wirtschaft-
lichen Interessen derselben zum Zweck. Nach Beratung
grundlegender Satzungen ergaben die Wahlen als Vorstand
Herrn Oberlehrer Weinbrenner, Kassier Oberamtsparafasser
Müller, Schriftführer Oberpostsekretär Hartmann. Nachdem
nun diese Vereinigung für die Oberamtsstadt gegründet ist,
wäre es wünschenswert, daß auch in den übrigen Städten
und Orten des Bezirks sich solche bilden und den Zusamen-
schluß mit der hiesigen zu einer Bezirksbeamtenvereinigung
anstreben würden.

* Fahrplan. Die ab 6. April eingereichten Änderun-
gen im Lokalfahrplan sind aus der Liebersicht, die wir unse-
ren Abonnenten heute im Anzeigenteil bringen, ersichtlich;
es dürfte sich empfehlen, den Fahrplanansatz auszuscheiden.

* Preisserhöhung für Margarine. Infolge der Preis-
steigerung auf allen Gebieten hat sich, wie die Vol. Post,
Nachrichten mitteilen, der Reichswirtschaftsminister veranlaßt
gesehen, ab 1. April den Preis für die im Inland herge-
stellte Margarine auf 30.75 Mark für das Kilo als Fabrik-
zu erhöhen.

* Der Landwirtschaftl. Hauptverband gegen Zwangs-
maßnahmen der Regierung. Der Landwirtschaftl. Haupt-
verband hat sich an das Ernährungsministerium gewandt u.
gegen das Vorgehen der Regierung gegenüber künftigen
Gemeinden bei der Ablieferung von Milch und Eiern Protest
eingelegt. Es werden zugleich Gegemaßregeln angedroht,
wenn die Regierung noch einmal dem Drange der Arbeiter-
masse folgen sollte und eine Ortschaft, die ihrer Lieferungs-
pflicht nicht nachkommt, militärisch besetzen läßt. Bezüglich
der Eierablieferung wird gesagt, daß die Regierung die klein-
lichen Strafen, die wie fortwährende Radestiche auf die
Landwirte wirken, beseitigen solle, zumal die Nachbarstaaten
Württemberg weitherziger und entgegenkommender verfahren.
Ingleich wird angedroht, mit der Masse der Landwirte die
Aufhebung dieser Eierstrafen zu erzwingen.

* Saatensand in Württemberg. Nach den amtlichen
Berichten des Stat. Landesamts war der Saatensand zu
Beginn dieses Monats für Winterweizen, Dinkel und Rog-
gen durchschnittlich mittel bis gut. Auch der Alee steht ordent-
lich; die Frühjahrsbefestigung konnte frühzeitig in Angriff
genommen werden. Sie ist in milderen Landesgegenden
nahezu beendet. Die Wiesen zeigen schönen Antriebe. Die
Blüte des Frühlodstes hat sich in den wärmeren Landesstrichen
schon voll und reich entfaltet.

* Traurig, aber wahr! Dem Schw. M. wird geschrie-
ben: Nach 27jähriger treuer Dienstzeit war der Postkassner
B. in Y Oberpostkassner geworden. 3 Jahre war er
Ausbehalter, 2 Jahre Hilfspostunterbeamter und dann 22 Jahre
planmäßiger Postunterbeamter, bis er glücklich als erster von
seinem Amte nach all den vielen Jahren harter Arbeit und
targen Lohn, im Dienst ergraut, diese Stellung erreichte.
Leider aber wurde diese Freude über diese Beförderung durch
eine harte Tatsache unsäglich getrübt. — Sein 26jähriger
lediger Sohn, der seit einiger Zeit als Postausbehalter tätig
ist, brachte heute seinen Lohn nach Hause und siehe da, er
erhielt sogar noch mehr als der Gehalt des Vaters! samt



ndants für die
s in verantwor-
Ein sehr an-
bens wurde so
warman Appell
wert sei, möchte
em armen Volk
und seiner Er-
freuliche Willig-
ra Sem. Rektor
ste Herr Stadt-
unter in die-
nd und auf die
it einer gefun-
Angriffs- oder
Kirche; im Ge-
ntbolische Volks-
— Der
webricht und
em Fortbestand
geliebten Volks
und Gemeinderat
sifizierten Zusam-
nt und wies
sich und
ndensaus- und
altung und die
st über große
altung teilen zu
erte seitens der
s u. die Unter-
auch in dieser
Worten sprach
er entstandenen
ur gemeinsame
er und Prinz-
B., der er neue,
f der Hingabe,
der. Prebigen
nicht mehr, sie
lang gab sofort
t, sich als Mit-
wurde ein vor-
gültigen Gehir-
oll. — In der
der Stadt fort-
beitrag 1.50 M.
in den Haarr-
innen, wofelbst
E. B. auflegt,
ren alexandri-
iten Boden für
Beledung bem-
ern abend im
konstituierte sich
schlich ange-
Beamtin und
die Pensionäre
gattungen und
wirtschaft-
Nach Beratung
als Vorstand
militärischer
amt. Nachdem
gegründet ist,
drigen Städten
den Zusammen-
ntendvereinigung
b.
eren Aenderun-
e, die wir unse-
gen, ersichtlich;
auszuscheiden,
olae der Preis-
die Pol. Parl.
nister veranlaßt
Inland herge-
silo ab Kabrit
gegen Zwangs-
schaft. Haupt-
um gewandt u.
über Kammern
ed Eltern Protest
ein angebroht,
ge der Arbeiter-
rer Lieferungs-
sicht. Bezüglich
erung die Klein-
stliche auf die
Nachbarstaaten
ndt verfahren.
Landwirte die
den amtlichen
Saatenhand zu
änkel und Rog-
Kee steht ordent-
lich in Angriff
Landesregenden
Antrieb. Die
n Bundesstrichen
L. wird gefahr-
der Volksschneit
3 Jahre war er
dann 22 Jahre
als erster von
er Arbeit und
ellung erzielte.
fiederung durch
sein 26jähriger
hausbesitzer tätig
nd siehe da, er
es Waters, ja er
es Waters samt

Kindergeluge betrug. — Wie ist das möglich? so fragten alle in der Familie. Der Vater aber schwieg bescheiden. — Ja, wie ist so etwas im Staatsdienst möglich? Der Sohn gilt eben als Arbeiter, weil er ein Tagelohn bezieht und der Vater gilt als Beamter, weil er einen Monatsgehalt bezieht. Er arbeitet zwar mehr und verantwortungreicher, da er die selbständige Verwaltung verschiedener Bedarfsartikel besorgt und eine Kasse führt, aber den Ehrentitel „Arbeiter“ darf er sich nicht zulegen und wird auch nicht als solcher bezahlt. Er ist jetzt „Beamter“ mit seiner verantwortungsvolleren Arbeit. Früher war er zwar auch Ausbeiter und 5 Jahre lang Tagelohn angestellt, aber was nützt ihm das heute? Jeder das geht die neue Zeit undankbar und ungerecht hinweg.

Wohin soll es führen, wenn jetzt ein Postansheller vom ersten Tage an 200 M monatlich mehr erhält als ein Beamter im gleichen Lebensalter, ja sogar noch ebensolch als ein Beamter mit über 20 Jahren Dienstzeit, welcher eine Klasse mit einem jährlichen Umsatz von über 60 Millionen Mark zu verwalten hat. Welcher Mißbrauch wird heutzutage mit dem Worte „Arbeiter“ getrieben? Sind nicht unsere planmäßigen Unterbeamten und Beamten, welche meist mehr und verantwortungsvoller arbeiten, auch „Arbeiter“ im wahren Sinne des Wortes? Verdienen sie und alle anderen Beamten (Handel- und Gewerbetreibende, Landwirte, Beurlaubten u. l. w.) ihr Leben auch durch Arbeit? Wer will solche Verhältnisse, welche jetzt laudbar, laudbar zur Regel geworden sind, noch mit Vernunft verantworten? Hat nicht unser ganzes Volk ein Interesse daran, daß die Arbeitsfreude unserer Beamten und Unterbeamten in solch unerhörter Weise untergraben wird?

Unsere Valuta. In Zürich hat die Schweizerische Nationalbank am 3. April die Mark zu 8 Centimes gekauft und zu 8 1/2 Centimes verkauft; d. h. 1200 M für 100 Francs (am 1. April noch 1251 M). Aus Holland wird die Mark mit 3.87 Centis gemeldet (gegen 5,50 am 1. April), das entspricht einem deutschen Reich von 2560 (gegen 2642 M am 1. April).

Esslingen, 8. April. Zur Freude seiner Angehörigen ist nach 11 monatlicher englischer Gefangenschaft zurückgekehrt Friedrich Düffel, Wagner, Sohn des Jakob Düffel Hofnermeisters.

Aus dem übrigen Württemberg.

Der Ernst der Ernährungslage.

Stuttgart, 7. April. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Daß unsere derzeitige Ernährungslage eine höchst unerfreuliche ist, bedarf keines besonderen Hinweises mehr. Die Herabsetzung der Protration und neuerdings die Schwierigkeiten bei der Fleischversorgung zeigen zur Genüge den Ernst unserer Lage. Die Hofmanns, durch eine allmähliche Besserung unserer Valuta die Möglichkeit zu bekommen, Lebensmittel in größeren Mengen vom Ausland einzuführen, hat sich in der Hauptsache bisher nicht erfüllt. Wir sind daher bis auf weiteres in wesentlichen darauf angewiesen, mit den an sich schon unzureichenden Vorräten unserer eigenen Erzeugnisse die Bevölkerung zu ernähren. Uns dringender muß vom Erzeuger und Verbraucher gefordert werden, alles zu vermeiden was geeignet ist, die rechtliche Erhaltung und gerechte Verteilung der verfügbaren Lebensmittel in Frage zu stellen. Unabsehbarer Schaden an Leben und Gesundheit der Bevölkerung kann nur verhindert werden, wenn die Erzeuger ihre Ablieferungspläne gewissenhaft erfüllen und unter Verzicht auf unerlaubten Gewinn den Schleichhändlern und Samstern die Lüre weisen. An alle Kreise richtet sich die dringende Mahnung, jeden Fall schonungslos zur Anzeige zu bringen, durch den die ausreichende Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird. Es gibt nichts Trübsüßigeres, als angesichts unserer Notlage das gewissenlose Treiben habgieriger und eigennützigster Volksschädlinge zu unterstützen oder zu dulden. Wenn heute noch in Bäckereien, Konditoreien und Cafés Backwaren unter Zuwiderhandlung gegen die bestehenden Vorschriften hergestellt und abgegeben werden, wenn in Metzgereien und Wirtshäusern Fleisch ohne Fleischmarken verabfolgt wird, so bedeutet das für Käufer und Verkäufer ein Verbrechen am Volk. An behördlichen Vorschriften und Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Schleichversorgung fehlt es nicht, aber ohne die tatkräftige Mithilfe der gutgesinnten Kreise der Bevölkerung kann auch durch weitestgehende Verschärfung der Polizeivorschriften das Uebel nicht ausgerottet werden. Die Lage ist ernst! Wäbe die an Verbraucher und Erzeuger gerichtete Mahnung nicht abermals ungehört verhallen!

Ein württembergischer „Heimtag“

wird auf Veranlassung des „Vereins zur Förderung der Volksbildung“ am 20. April in der Aula der Technischen Hochschule Stuttgart abgehalten werden. Die Tagung wird ausschließlich der Frage der Heimatkunde und der Flugbar-machung derselben für das geistige und sittliche Leben des Volkes gewidmet sein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: Vortrag von Hans Reysing (Mm): Heimat-kunde als Volksbildungsmittel und Stand der heimatkund-lichen Literatur; Vortrag von August Kämmler (Gammstadt): Das Volkstum als Grundlage der Volksbildung; Organi-satorische Vorschläge zur Pflege des Heimatschutzes mit anschließender Aussprache; Bestellung eines Arbeitsausschusses und Bestellung von Untergruppen für die einzelnen Ge-biete der heimatkundlichen Arbeit.

Stuttgart, 7. April. In einer Mitgliederversammlung des Verkehrsverbands Württemberg-Hohenzollern wurde eine Entschliessung gegen die beabsichtigte Erhöhung der Postge-bühren angenommen und nach dem Verzicht des landesheigen Verkehrsvereins ein enger Zusammenschluß der Gemeinden, der Körperschaften, der Industrie und des Handels im Ver-kehrsverband für eine dringende Notwendigkeit erklärt.

Dietsheim, 7. April. Wie an vielen anderen grös-teren Blühen, so haben sich auch hier sämtliche Staats-, Ge-meinde- und Körperschaftsbeamte und Lehrer zu einer Ar-beitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Neben der Wahrung lokaler Interessen will die Arbeitsgemeinschaft auf die gro-ßen Verbände (Staatsbeamtenverband, Gemeindebeamtenver-band usw.) einwirkend einwirken und nur in engster Züsammennahme mit diesen zum Wohl sämtlicher Beamten und im Interesse des Volksganzen handeln. Weich in der Ver-sammlung, die überaus zahlreich besetzt war, wurde ein Ar-beitsausschuss gewählt, dem außer dem Vorsitzenden (Eisen-bahnsekretär Böhringer) noch 5 Staatsbeamte, 3 Gemeindeg-

beamte und 2 Lehrer angehören. Sämtliche Kategoriaen sind Vertreter vom Akademiker bis zum unteren Beamten.

Uffingen, 7. April. Der Gemeinderat gebachte seines früheren Mitglieds u. Ehrenbürgers, des kürzlich verstorbenen Fabrik-besizers Major a. D. Ernst Salbin, in einer Trauerfeier. Durch eine Abordnung wurde den Hinterbliebenen eine Beileidsadresse überreicht. Die Beisetzungsfeier am Osterfest brachte Beweise der Liebe und Verehrung in hier nie ge-sehenem Maße. Im Trauerzug marschierten 13 Krieger-vereine, der Turnerbund und der Liederkreis. Am Grab sprach Stadtpfarrer Dr. Meier nur ein Gebet, hierauf wurden 14 Kränze niedergelegt. Alle Schichten der Bevölkerung beteiligten sich an der Trauerfeier.

Laupheim, 7. April. Der erste heutige Gänsemarkt wurde in Verbindung mit dem Obstmarkt abgehalten. Die sog. „Biberle“, die früher von 20 J an das Stück zu haben waren, wurden zu ungeheurer hohen Preisen, bis zu 36 M das Stück, abgesetzt. Die Tierelein sind erst wenige Tage alt.

Kadensburg. Die Christliche Pfadfinderschaft veranstaltete auf eigene Faust eine Jagd auf die immer noch zahlreich unter der Jugend kreisenden Schundhefte und verbrannte dann im Angesicht einer großen Jugendmasse feierlich die hun-derte erbeutete Hefte. Der Führer, Dr. Otto Horch, hielt dabei eine eindringlich warnende Ansprache an die Jugend.

Kalen, 8. April. Die Streikluft ist hier sehr gering. Sie ist stark im Abflauen. Geredet wird immer viel davon, aber es zieht nimmer. Die Besonnenheit, besonders der älteren Arbeiter, ist sehr erfreulich. Andererseits ist auch die Vor-sicht der Arbeitgeber, die sich das letzmal überlassen ließen, als ob es sozusagen ein amtlicher Generalstreik wäre, im Wochen begriffen. Sie wollen sich künftig dadurch wehren, daß sie den Eingringlingen bessere Ausweise abertängen. Auch soll künftig mehr beachtet werden, daß Lehrlinge von der Einbeziehung in den Streik und in die Demonstrationen frei bleiben.

Heidenheim, 8. April. Für das Schneidergewerbe wurde hier als G. m. b. H. eine Einkaufsgenossenschaft ge-gründet, in deren Vorstand die Schneiderin Lehr (Direktor), Auguste Lichtwert (Geschäftsführer und Bankaffäre Richter (Kassier) gewählt wurden. — Für langjährige treue Dienste in der Buchdruckerei des Grenzboten erhielt die Witwe Bar-els von der Zentralleitung für Wohltätigkeit das Silberne Dienstbroschenschildchen.

Crailsheim, 8. April. Dieser Tage fuhr hier ein französischer Sonderzug durch, der 800 Polen aus der Gegend von Baris nach Frankreich zum Wiederaufbau brachte. Die Leute machten einen höchst heruntergekommenen Ein-druck und klagten über die Zustände in Polen sehr, wo neben atcher Arbeitslosigkeit eine furchtbare Verelendung herr-sche. Ein Pfund Zucker koste 150 M, ein Pfund Fleisch etwa 300 M und ein Pfund Schwarzbrot 50 M. In Frank-reich erhalten die Leute 18 Gros Tagelohn.

Von der bayerischen Grenze, 7. April. Vom Weg-machershahn Joh. Bey aus Amtmannsdorf bei Bellngries, der seit 11. Aug. 1914 vermisst war, traf bei dem erstauenten Eltern aus Frankreich eine Karte ein mit dem Inhalt: „Der Hans kommt bald!“

Sigmaringen, 7. April. Bei einem Einbruchsdiebstahl auf dem Heuboden im Uebergangslager wurden viele Schuhe gestohlen. Die Angelegenheit dürfte nun, nachdem bei dem hiesigen Schützenamt vorige Woche ein großer Vorrat der gestohlenen Schuhe aufgefunden wurde, bald ihrer völligen Aufklärung eingegangen. Bis her diesem Vort wurde weite-re vier Personen verhaftet und wegen Verdachts, an den Verbrechern beteiligt zu sein, dem zuständigen Gericht in Hechingen zugeführt. Von den gestohlenen Schuhen wurden einem Fahnder ein Paar zum Kauf angeboten, wodurch das Diebennest entdeckt worden ist.

Sigmaringen, 7. April. Am Palmsonntag geriet ein zugereister Burche mit einem hier beschäftigten Wald-arbeiter namens Handwerker in der Herberge in Streit, in dessen Verlauf der Waldarbeiter dem aus Norddeutschland stammenden händellichtigen Burche einen Stich in den Unterleib verlegte. Der Verletzte wurde dem Spital zugeführt, wo er an den Folgen des Stiches zwei Tage später gestorben ist. Kaum hatte der bisher Unbekannte seine Augen für immer geschlossen, als die Kunde bei der Behörde eintraf daß der Ersttöchter schon längere Zeit wegen eines begange-nen Doppelmords gesucht werde. Der Zufall hat hier den Rächer an einem schweren Verbrechen abgeben.

Handels- und Marktberichte.

Die neuen Hopfenpreise. Auf der in Nürnberg abgehaltenen Tagung des Ausschusses des Deutschen Hopfen-bauvereins bemerkte der Geschäftsführer, Oekonomierat Hoff, daß auch in die neue Ernte mit Hopfenpreisen von minde-stens 2000—3000 M gerechnet werden müsse. Er warnte eindringlich vor der Neigung, die Anbaufläche weiter zu Gunsten anderer Früchte einzuschränken.

Wollausfuhr aus England. Seit langem war es verboten, die besseren Arten von gekämmter Wolle aus Eng-land auszuführen, weil man verhindern wollte, daß die eig-lichen Spindeln und Webstühle durch Mangel an Rohware zum Stillstand kommen sollen. Nunmehr hat sich das eng-lische Handelsamt entschlossen, alle Arten von Wolle für die Ausfuhr freizugeben, auch für Deutschland, nicht aber für das bolschewistische Rußland.

Legte Nachrichten.

Die Nationalversammlung auf Montag einberufen. Berlin. Infolge der durch die Besetzung Frankfurt usw. eingetretenen Verhältnisse ist die Nationalversammlung auf Montag 12. April nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zu-sammenberufen worden.

Blutige Zusammenstöße in Frankfurt. Frankfurt a. M., 8. April. (ZU.) Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr kam es zu einem Zusammenstoß der erregten Menschenmenge und den Franzosen vor der Hauptwache. Eine dichte Menschenmenge umgab seit 1 Uhr den von Marof-fanern besetzten Schillerplatz und gab ihren Gefühlen über den angeblich bevorstehenden Abzug der Franzosen Ausdruck. Aus bisher nicht aufklärten Ursachen gaben die Franzosen einige Schiffe auf die Menge ab. Mehrere Personen stürzten tot zu Boden, und eine größere Anzahl wurde verletzt. Die Salvo bewirkte, daß für einen Augenblick Ruhe eintrat. Doch

schon nach wenigen Minuten umringte wieder eine undurch-dringliche Menschenmauer den Platz und erging sich in Ber-wünschungen. Inzwischen erschien Polizeipräsident Ehrler und ließ sich von Offizieren die Einzelheiten der Vorgänge erläutern. Als Ehler mit einem französischen Offizier sein Auto besetzen wollte, drängte die Menge an den Wagen heran, dem Seine nachgeworfen wurden. In der Zwischen-zeit waren auch in den verschiedenen Kasernen die französischen Truppen alarmiert, die in diesen Tagen anrückten und die Hauptwache besetzten. Panzerautos luden unmittelbar vor der Hauptwache auf. Maschinengewehre wurden an den Straßenecken aufmontiert. Auch auf dem Kaiserplatz ist es zu Zusammenstößen zwischen den Franzosen und der Menge gekommen. Es sollen dort drei französische Soldaten erschla-gen und ein Offizier schwer verwundet worden sein. Auch vor dem Hauptbahnhof spielten sich erregte Szenen ab, doch konnte hier Blutvergießen vermieden werden. Einige Zwi-stigkeiten wurden verhandelt.

In französischer Gewalt.

Frankfurt. Ueber die Vorgänge in Frankfurt wird mit-geteilt, um die französische Wache, die in der Hauptwache aufgestellt war, habe sich eine zahlreiche Menge gestellt. Als gestern Mittag die Abführung kam, wurde den Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. Es wurden 6 Personen getötet, 35 verwundet. Französische Soldaten wurden im weiteren Verlauf miß-handelt aber nicht getötet. Das Gerücht von ihrer Tötung stammt daher, daß einige von ihnen beim Appell nicht zur Stelle waren. Näheres konnte bisher nicht festgestellt werden. Untersuchung ist von französischer Seite eingeleitet worden. Der Stellv. Reiterungspräsident und der Polizeipräsident haben ihrerseits auch eine Untersuchung eingeleitet. Heute früh wurde eine Frau durch den Fuß erschossen und später ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Abwehrlinien überschritten hatten, die die Franzosen um die am Haupt-bahnhof aufgestellten Tanks gezogen haben. Heute Nacht ist ein großer Truppentransport in Stärke von einer Division neu in Frankfurt eingetroffen. Der franz. Befehlshaber des Bezirks Homburg hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, Polizei, Feuerwehr u. Post-verwaltung angehören zum Grade der Fahnen und der un-formierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind.

Ruhe in Darmstadt.

Paris. Intransigant meidet: Darmstadt sei so ruhig, daß man davon spreche von den 6 Bataillonen, die die Be-setzung durchführen 5 zurückzuziehen.

Polizeitruppen in der neutralen Zone.

Berlin, 8. April. (ZU.) Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, ist die Reichsregierung mit der Entsende in Verhand-lungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustab-kommens über die Haltung von Truppen in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, nach mehrere Monate eine starke Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu erhalten begründet. Das ursprüngliche Abkommen, das von Hoch unterzeichnet worden ist, hatte bis 10. April 1920 eine Mil-itärmacht von 20 Bataillonen, 2 Batterien und 10 Eskadrons für die neutrale Zone zugebilligt.

Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat heute be-schlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen; im Anschluß an den hierauf bezügl. Erlass der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten entsprechend angewiesen worden.

Standgerichte im Ruhrgebiet.

Berlin. Der Berliner Lokalanz meidet aus Duisburg: Durch die im Ruhrgebiet gebildeten Standgerichte wurden bisher 10 Rotgardisten, die sich an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen nach dem Ablauf der in Münster beschlos-senen Amnestie beteiligt hatten, zum Tode verurteilt; es wurden jedoch nur zwei Todesurteile vollstreckt, da ein Te-telegramm der Regierung eintraf, die Todesurteile nicht zu vollstrecken.

Auflösung des Volksguerrates.

Berlin. Dem Berliner Tagblatt wird aus Wlauen ge-schrieben: Die Führer des dortigen Volksguerratesausschusses wollten an Hötz die Forderung richten, seine Tätigkeit in Wlauen einzustellen; die weiteren Maßnahmen sollten dem Volksguerratsausschuss überlassen bleiben. Da aber die Mehrheit des Volksguerrats sich mit den Handlungen des Genossen Hötz einverstanden erklärte, löste sich der Volksguerrat auf und legte seine Mandate in die Hand der Arbeiterschaft zurück.

Französischer Woffenschnuggel durch die Schweiz.

Basel. In Zürich ist dieser Tage aus Frankreich kom-mend ein ganzer Zug französischer Lastautomobile mit dem Ziel „Polen“ eingetroffen. Dem schweizerischen Bahnpersonal fiel auf, daß der Wüterzug viel schwerer war, als dies nach der Gewichtskategorie der Last sein konnte. Es wurde ein Wagen und hierauf mehrere unterucht und es stellte sich heraus, daß die Automobile samt und sonders mit Woffen und Munition beladen waren. Statt der deklarierten zwei Tonnen wogen sie zehn bis zwölf Tonnen. Das Bahnpersonal hat die Bundesbahnverwaltung sofort auf diese Um-stände aufmerksam gemacht, worauf der Zug am Bahnhof Zürich angehalten wurde, um weitere Befragungen des Ban-destrats abzuwarten.

Der Ausstand in der italienischen Papierindustrie.

Mailand. Der Corriere della Sera meldet, daß der Aus-stand in der Papierindustrie unverändert fortdauert; die Lage gestaltet sich für die Zeitungen immer schwieriger; ihre Aus-gaben sind bereits auf 2 Seiten beschränkt worden.

Der Hafenerkehr in Marseille lahm gelegt.

Marseille. Infolge des Streiks der Seeleute hat heute kein einziges Schiff den Hafen verlassen.

Aus dem Haag.

Haag. Wie das Corr. Büro erzählt, wird der deutsche Minenlucher U. 3. 18, der vor einigen Tagen in die Zuden-see eingelaufen ist, demnächst an die deutsche Marinebehörde zurückgegeben werden. Der in Amsterdam verhaftete Kom-mandant und 3 Leute der Besatzung verbleiben zur Ver-fügung der Gerichtsbehörden.



